



REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT MITTELTHÜRINGEN

Körperschaft des öffentlichen Rechts
Planungsausschuss

Protokoll der 20. Sitzung des Planungsausschusses (PLA) der Regionalen Planungsgemeinschaft Mittelthüringen (RPG)

Datum: 30.10.2012

Ort: Weimar, Thüringer Landesverwaltungsamt, Haus 2, Raum 3104

Leitung: Herr Hertwig, Vorsitzender des Planungsausschusses und amtierender Präsident der RPG

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr (TMBLV, oberste Landesplanungsbehörde): Herr Walter

Thüringer Landesverwaltungsamt (TLVwA, obere Landesplanungsbehörde, Ref. 300.2) Herr Hosse

TLVwA, Ref. 300.23, Regionale Planungsstelle der RPG Mittelthüringen:

Herr Ortmann, Frau Weiß, Herr Alkimos, Herr Liebe, Frau Zahn (Praktikantin)

Beginn: 9.39 Uhr

Ende: 11.52 Uhr

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

Öffentlicher Teil:

1. Protokollkontrolle/Genehmigung des Protokolls der 19. Sitzung des Planungsausschusses am 25.9.2012 in Weimar
2. Beratung und Beschlussfassung einer Stellungnahme zum zweiten Entwurf des Netzentwicklungsplans Strom 2012
3. Beratung und Beschlussfassung der Stellungnahme der RPG zum Zielabweichungsverfahren für die Überschreitung der Höhenbegrenzung im südlichen Teilbereich des Vorranggebietes Windenergie W-6, Gemeinde Saaleplatte, Landkreis Weimarer Land
4. Beratung und Beschlussfassung der RPG zum Entwurf des Positionspapiers "Bündnis für Fläche" der Projektsteuerungsgruppe "Nachhaltige Flächenpolitik" beim Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz

Der Planungsausschussvorsitzende Herr Hertwig eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder bzw. Stellvertreter des Planungsausschusses sowie Herrn Walter von der obersten und Herrn Hosse von der oberen Landesplanungsbehörde. Er stellt fest, dass zur Beratung ordnungsgemäß und fristgerecht geladen wurde.

Zur Tagesordnung weist Herr Hertwig auf die nachgereichte Ergänzung vom 19.10.2012 hin und teilt allerdings gleichzeitig mit, dass der dort vorgeschlagene TOP 3 noch nicht behandelt werden kann. Der dort weiter benannte TOP 4 wird somit als TOP 3 in den öffentlichen Teil übernommen, die nachfolgenden Nummern des nicht öffentlichen Teils ändern sich entsprechend. Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 1:

Das Protokoll der 19. Sitzung des Planungsausschusses am 25.9.2012 wird einstimmig genehmigt.

TOP 2:

Frau Weiß erläutert das Verfahren zur Aufstellung des Netzentwicklungsplans und betont dessen Transparenz sowie die vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten ausdrücklich positiv. Anschließend stellt sie die Inhalte der Beschlussvorlage vor und empfiehlt anhand eines Formulierungsvorschlages, den zweiten Punkt im Tenor der Beschlussvorlage sowie dessen Begründung noch zu konkretisieren.

Herr Walter stellt die Sinnhaftigkeit des ersten Punktes der Beschlussvorlage in Frage. Der Freistaat Thüringen sehe grundsätzlich jede Trasse durch den Thüringer Wald oder das Thüringer Schiefergebirge kritisch. Herr Hertwig erwidert, dass es nicht darum gehe, das unter Punkt eins Gesagte zu befürworten oder gar zu fordern, sondern es zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Dr. Warweg regt an, zwei weitere Punkte in die Beschlussvorlage aufzunehmen: Erstens sollte der Duktus der Planunterlagen diskriminierungsfrei sein. Formulierungen wie beispielsweise „Privatpersonen ...wenden sich oft mit gesundheits- und naturschutzgetriebener Argumentation gegen konkrete Trassenverläufe“ auf Seite 176 im dritten Satz seien dies nicht. Zweitens sollten die Ausführungen zur verbrauchsnahe Erzeugung in Kapitel 2.2 B) besser untersetzt werden. Bisher seien dies nur Behauptungen, wohingegen es bekanntermaßen Gemeinden gebe, die sich tatsächlich selbst versorgten. Herr Beyersdorf gibt zu Bedenken, dass dies nicht für alle Gemeinden gelte. In Großbreitenbach sei dies beispielsweise wegen der dort ansässigen Betriebe nicht möglich. Oftmals sei allenfalls ein rechnerischer Ausgleich in der Jahresbilanz möglich, Spitzenlasten könnten aber nicht abgedeckt werden. Frau Weiß ergänzt hierzu, dass auch die Bestrebungen der Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg, energieautark zu werden, wohl kaum erreicht werden könnten. Dazu müssten nicht nur sehr viele Erneuerbare-Energien-Anlagen errichtet werden, sondern auch große Speicher, die beispielsweise Windflauten über Wochen hinweg ausgleichen könnten. Technologien für solche Speicher seien aber noch nicht marktreif. Herr Marx sagt, dass die Regionale Planungsgemeinschaft Mittelthüringen ihren bisherigen Weg fortsetzen sollte. Am Ende werde ein Mix stehen. Herr Münchberg äußert die Befürchtung, dass ein Mix aus sich selbst versorgenden Gemeinden und Gemeinden, die einen überregionalen Netzanschluss benötigen, nicht funktionieren werde. Herr Hertwig ergänzt, dass es Einrichtungen und Betriebe gebe, in denen die Stromversorgung nicht unterbrochen werden dürfe.

Der Ausschuss stimmt darüber ab, ob der erste Punkt der Beschlussvorlage herausgenommen werden soll oder nicht. Vier Mitglieder befürworten die Herausnahme, eines enthält sich. Die so geänderte Beschlussvorlage wird mit den von Frau Weiß vorgeschlagenen Formulierungsänderungen sowie den beiden von Herrn Dr. Warweg angeregten Ergänzungen einstimmig angenommen.

TOP 3:

Zum TOP liegen die Beschlussvorlage Nr. PLA 23/10/12 sowie die zugehörige Anlage vor, die den ursprünglichen Text, die vorgeschlagenen Änderungen und eine Lesefassung des geänderten Positionspapiers enthält. Hintergrund der Beschlussvorlage war eine Einladung an den Präsidenten der RPG zur Teilnahme an der 2. Sitzung der Projektsteuerungsgruppe „Nachhaltige Flächenpolitik“. Die Planungsstelle hat in Vertretung daran teilgenommen. Die Beteiligten wurden in dieser Sitzung gebeten, Anregungen und Hinweise zu dem übergebenen Positionspapier zu geben. Die Projektsteuerungsgruppe ist auf Initiative des Landtages über die Landesregierung eingesetzt worden mit der Geschäftsführung im Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz (TMLFUN) und ist eines von vier Startprojekten des Nachhaltigkeitsbeirates.

Der endgültige Beschluss über eine weitere Beteiligung der RPG an der Projektgruppe wird noch durch das Präsidium zu treffen sein. Aufgabe des Planungsausschusses wäre es, dazu durch den vorliegenden Beschluss die inhaltlichen Vorbereitungen zu treffen. Herr Liebe er-

läutert die Änderungsvorschläge entsprechend. Dabei unterstreicht er die Teilnahme der RPG, wodurch die in der Steuerungsgruppe zur Frage der Reduzierung von Flächenneuinanspruchnahme bestimmende Umweltsicht insbesondere über andere Themen wie Infrastrukturfolgekosten keine zu einseitige Dominanz bekommt. Auch können Projekte wie die Aktualisierung des Brachflächenkatasters von 2006 wieder weitergeführt werden.

Grundsätzlich merkt Herr Hertwig an, dass die RPG, sofern sie hier nicht aktiv ist, auch nicht weiter an diesem Prozess beteiligt wird. Herr Hosse unterstreicht diese Aussage und betont mit Hinweis auf die gesetzliche Verpflichtung der RPGen die Regionalpläne umzusetzen, dass genau solche Gremien dies tun. Deshalb wirbt er ausdrücklich für eine Teilnahme.

Unabhängig von der Realitätsnähe des Netto-Null-Verbrauchs insbesondere im ländlichen Raum und mit Hinweis auf die bereits vorhandenen Aussagen im Regionalplan ist für Herrn Beyersdorf fraglich, ob eine solche Steuerungsgruppe und die Beteiligung der RPG sinnvoll ist. Herr Schröder ist ähnlicher Ansicht. Er hält für dieses Thema die Regelungen des Bau- und des Landesplanungsrechtes für absolut ausreichend und schon relativ eng. Auch Herr Walter betont in diesem Zusammenhang die Planungshoheit der Kommunen und merkt an, dass die RPG mit Beschluss der Vorlage ein verbindliches Netto-Null-Ziel für den Entwurf des Landesentwicklungsprogramms 2025 (E-LEP) fordern und damit jegliche Entwicklung in Thüringen stoppen würde. Er hält verbindliche Vorgaben weder für sachgerecht noch für rechtlich möglich, und deshalb gibt es dazu im E-LEP auch lediglich eine Leitvorstellung. Herr Dr. Warweg versteht eine solche Vorgabe verbindlich ab 2025 und bis dahin als kontinuierliche Aufgabe.

Es wird vorgeschlagen, zum Arbeitsplan den letzten Satz unter 1. folgendermaßen umzuformulieren: „In der Landesplanung ist ab 2025 das langfristige verbindliche Null-Mengen-Ziel im Sinne einer Flächenkreislaufwirtschaft zu verankern.“ Mit dieser Änderung im Positionspapier wird die Beschlussvorlage Nr. PLA 23/10/12 von den anwesenden Ausschussvertretern einstimmig beschlossen. Anschließend bittet Herr Hertwig darum, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

protokolliert:

bestätigt:

gez. Ortmann

gez. Hertwig